

A n t r a g
(Alternativantrag)

der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

zu dem Antrag der Fraktionen der CDU und der SPD
- Drucksache 5/2073 -

Verbraucherpolitik in Thüringen stärken

Verbraucherpolitisches Profil Thüringens verbessern

1. Die Landesregierung wird aufgefordert, dem Landtag über ihre verbraucherpolitischen Ziele und den Stand der Umsetzung zu berichten. Dabei soll auch darauf eingegangen werden, welche Schlüsse Thüringen aus dem mäßigen Abschneiden beim Verbraucherschutzindex 2010 gezogen hat.
2. Die Landesregierung legt dem Landtag eine verbraucherpolitische Strategie für Thüringen für die Jahre 2011 bis 2014 vor. In dieser Strategie sind besonders nachfolgende Punkte zu berücksichtigen:
 - langfristige finanzielle Planungssicherheit der Verbraucherzentrale,
 - flächendeckender Erhalt des vorhandenen Netzes an Beratungsstellen,
 - Stärkung der unabhängigen Verbraucherberatung auf dem Gebiet der Finanzdienstleistungen,
 - Lebensmittel- und Futterkontrolle,
 - Ausbau der Ernährungs- und Verbraucherbildung als präventiver Verbraucherschutz an den Schulen,
 - eine Informations- und Bildungsoffensive zu klimafreundlichem Konsum,
 - Ausbau der qualitativen und quantitativen unabhängigen Patientenberatung,
 - Energieberatung,
 - bessere Verzahnung von Datenschutz und Verbraucherschutz.
3. Die Landesregierung wird aufgefordert, sich im Bundesrat:
 - a) für eine verbraucherfreundliche Novelle des Verbraucherinformationsgesetzes einzusetzen; im Rahmen einer Novelle des Verbraucherinformationsgesetzes müssen im Hinblick auf den aktuellen Dioxin-Skandal klare Rechtsgrundlagen für eine zeitnahe Veröffentlichung und zur Weitergabe der Untersuchungsergebnisse geschaffen werden; der bisher viel zu enge Geltungsbereich des Verbraucherinformationsgesetzes soll erweitert werden;

- b) für eine schriftliche Bestätigungslösung bei Vertragsabschlüssen infolge unerlaubter Telefonwerbung und eine "Button-Lösung" für kostenpflichtige Leistungen im Internet einzusetzen;
- c) für eine Gesetzesänderung einzusetzen, damit auch Produkte von Tieren, die mit gentechnisch verändertem Futter versorgt wurden, der Kennzeichnungspflicht unterliegen;
- d) für gesetzliche Regelungen bezüglich hormonell wirksamen Weichmachern, Bisphenol A und Fotoinitiatoren in Lebensmitteln einzusetzen.

Begründung:

Informierte und selbstbestimmte Bürgerinnen und Bürger sind das Ziel einer guten Verbraucherpolitik. Dazu müssen die richtigen Rahmenbedingungen geschaffen werden. Verbraucherschutz umfasst die ganze Breite verbraucherpolitischer Themen von A wie Altersvorsorge bis Z wie Zusatzstoffe. Thüringen kann als Bundesland einen erheblichen Beitrag dazu leisten, um einen wirksamen Verbraucherschutz zu garantieren und die Querschnittsaufgabe Verbraucherschutz mit Leben zu erfüllen. Die Verbraucherzentrale Bundesverband e. V. hat im Juni 2010 in seinem vierten Verbraucherschutzindex das verbraucherpolitische Profil der Bundesländer unter die Lupe genommen. Mit 266 Punkten hat Thüringen bei dieser Bewertung mit dem 13. Platz abgeschnitten. Aus diesem schlechten Ergebnis müssen die richtigen Konsequenzen gezogen werden. Auf der anderen Seite kämpft die Wirtschaftslobby immer wieder gegen Verbesserungen beim Verbraucherschutz, sei es bei der Kennzeichnung von Lebensmitteln, der Veröffentlichung von "schwarzen Schafen", der Kinderspielzeugsicherheit, der notwendigen Regulierung der Finanzmärkte oder auch strengeren Regeln gegen unerlaubte Telefonwerbung.

Im Hinblick auf den aktuellen Dioxin-Skandal bedeutet Verbraucherschutz mehr als nur Krisenmanagement. Besser ist es, solchen Krisen zuvorzukommen. Es nützt niemandem, wenn aus vergangenen Lebensmittelskandalen nicht die richtigen Konsequenzen gezogen wurden. Verbraucherinteressen müssen vielmehr noch stärker Eingang bei Gesetzesvorhaben finden. Die Priorität muss in der Förderung einfacher Kennzeichnungssysteme unserer Lebensmittel und einer starken staatlichen Lebensmittelüberwachung liegen. Für gesunde und sichere Lebensmittel brauchen wir mehr Transparenz, Informationsrechte und Kennzeichnungspflichten, damit die Verbraucherinnen und Verbraucher ihre Macht zum Ausdruck bringen können. Das Verbraucherinformationsgesetz braucht eine Novellierung und Erweiterung, damit es praktikabler wird und mehr Produktgruppen einbezogen werden können.

Eine zentrale Bedeutung kommt der Arbeit der unabhängigen Verbraucherinstitutionen wie der Verbraucherzentrale Thüringen zu. Die Finanzierung der Verbraucherzentralen muss auf sichere Beine gestellt werden, die auf langfristigen Vereinbarungen fußt. Nur so kann der Vielfalt an Beratungsthemen und dem gestiegenen Bedarf begegnet werden.

Für die Fraktion:

Siegismund